

Protokoll Arbeitsgruppe 1: Bundespolitische Verantwortung

Bei der Fachtagung: „Ernährungsarmut überwinden, das Recht auf Nahrung stärken - für eine gerechte und nachhaltige Ernährungspolitik, die alle erreicht!“

Freitag, 21. Feb. 2025

Berlin

Moderation: Henrike Rieken

ungefähre Teilnehmerzahl: ca. 20 (deutlich mehr Frauen als Männer)

ÜBERBLICK:

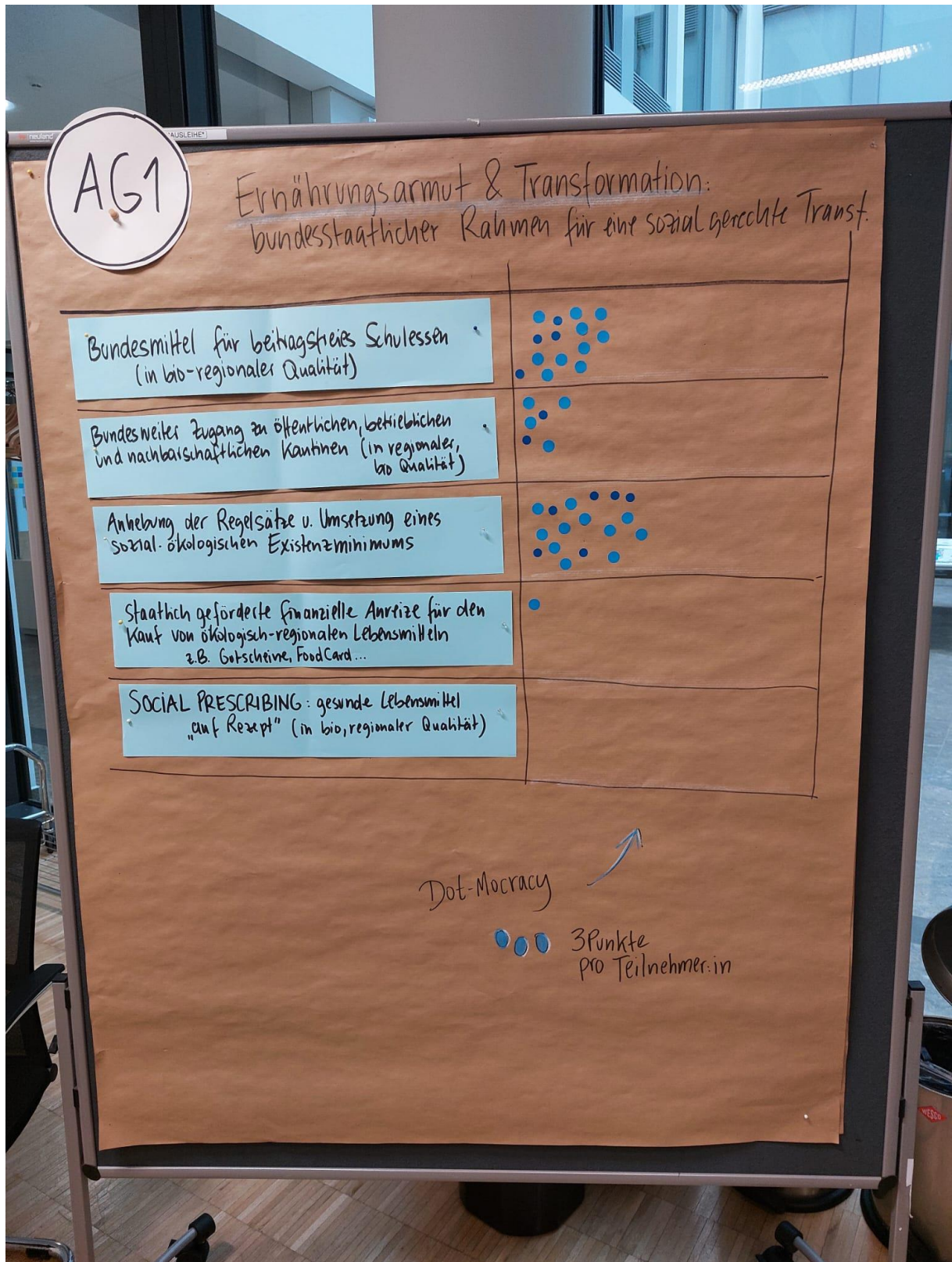
1. Schwerpunkte des Austausches

Welche Schlagwörter, Themenblöcke oder Ziele wurden besonders oft erwähnt?

- Regelbedarfsermittlung, Bürgergeld und Sozialleistung ist nicht ausreichend
- Mangelernährung bei Kindern und Jugendlichen – Gemeinschaftsverpflegung als Lösungsansatz
- Es geht nicht um Lebensmittelknappheit, wir haben ein Ungleichheitsproblem
- Lebensmittelverschwendung
- Welches Mittel gibt es, um Menschen (die Mehrheit) die sich Lebensmittel nicht mehr leisten können politisch zu mobilisieren?
- Auch Erzeuger*innen brauchen faire Löhne – daher Einkommen
- Im internationalen Vergleich sind Lebensmittelpreise in DT niedrig
- Meritokratische Denkweise sehr dominant, wie können wir das aufbrechen?
- Wie Mitgestaltung und Mitsprache für Bürger*innen gestalten und garantieren?

Wo gab es eher Konsens, wo eventuell Kontroversen

- Konsens bei Bürgergeldberechnung und Gemeinschaftsverpflegung
- Viel Diskussion bei Lebensmittelverschwendung: Modell aus Frankreich mit Verantwortung beim LEH vs. Tafeln in Deutschland



INPUTS:

Hans Konrad Biesalski (Ernährungsmediziner)

- „verborgener Hunger“
- Kinder aus armen Verhältnissen: Sprachentwicklungsstörungen, kognitive Entwicklungsstörungen durch fehlende Entwicklung bestimmter Gehirnteile
- Gesundheitskosten von Mangelernährung
- „Wir brauchen edukatorischen Ansatz“ von der Politik, wie soll das gehen? Es braucht strukturelle politische Veränderung
- Datenlage zu Ernährungsarmut in DL schlecht
- Studie aus Brandenburg: Kinder in armen Familien werden signifikant kleiner. Könnte Ausgangspunkt für weitere Studien sein
- Studien aus UK und USA: Zwei Kontrollgruppen mit Familien mit 30\$ und 300\$, Ergebnis: Entwicklung der Kinder in der Gruppe mit mehr Geld deutlich besser
- Regelsätze in Deutschland werden am Konsumverhalten errechnet, falscher Ansatz. Ernährung müsste separat betrachtet werden beim Bürgergeld (3,10€ für ein 6-jähriges Kind können nicht ausreichen)
- Max-Rubner-Institut hat Studie angekündigt (wir haben Institutionen, die diese Studien machen könnten) aber es passiert nichts. Nationale Verzehrs-Studie?! Der Bund kann sich um bessere Daten bemühen, sollte aber nicht auf die Daten warten, bevor sich politisch etwas tut.
- Übergewicht geht oft mit Mangelernährung einher.

Andreas Aust (der Paritätische)

- Ernährung ist eine politische Angelegenheit: nicht die Verantwortung auf Individuen übertragen
- In dieser Gesellschaft gibt es keinen Mangel an Nahrungsmitteln, trotzdem reden wir von Ernährungsarmut – Verteilungsproblem: gesellschaftliche Ungleichheit
- Armut; sozialer und materieller Zustand, in dem ein Mensch nicht in der Lage ist, seine Bedürfnisse zu decken
- BMEL-Warenkorb als Referenz für das Existenzminimum als Kontrollvariable, damit wir uns vom Statistikmodell wegbewerben)
- Konkrete Maßnahmen vorgeschlagen (siehe Notizen unten!), u.a. Einkommenserhöhungen (Bürgergeld, Mindestlohn), Preise: die Lebensmittelindustrie reglementieren; Mehrwertsteuer bzw. Steuersystem, Gemeinschaftsverpflegung

THEMENAUSTAUSCH:

- Ausgehend von Diskussion im Bürgerrat Ernährung im Wandel: Verpflichtende Weitergabe von Lebensmitteln durch Supermärkte fehlt in DT. Verantwortung des LEH, Änderung der aktuellen Gesetzgebung.

- Studie aus Osnabrück: Tafeln könnten überfordert sein, Tafeln als Zukunftsmodell, was ist mit der staatlichen Verantwortung? Tafeln und Foodsharing (Konflikt zwischen Ehrenamt und sozialpolitischer Aufgabe). Es sollte keine Abhängigkeit von ehrenamtlichen und sozialen Einrichtungen bestehen, Verantwortung der Politik.
- Tafeln werden von der Lebensmittelindustrie als Werbung genutzt: Die Art der Stigmatisierung durch das Tütensystem (keine Auswahl und Selbstbestimmung). Durch Produkte – gezielte Werbung?
- Tafelausgaberrituale in Deutschland sehr unterschiedlich. Oftmals nicht gesunde Produkte. Tafeln abschaffen? Wir brauchen einen anderen Regelsatz.
- Industrielle Landwirtschaft, das Problem und die Ungerechtigkeit im System liegt nicht nur in der Verarbeitung und im Abfall, sondern bereits in der Produktion. Man muss die gesamte Wertschöpfungskette anschauen
- Preispolitik im LEH (Monopolisierung ist ein großes Problem). Preispolitik auf Bundesebene. Es gibt das ‚Bündnis Konzernmacht beschränken‘. Kartellrecht und LEH AG, Kollaboration mit Jurist*innen. Braucht es eine neue Sektor-Untersuchung? Was sagt die Monopolkommission?
- Studie zu Kindern und Ernährung, während die Schule geschlossen ist bzw. wegen Corona geschlossen waren: Hygienevorschriften sind zu hoch für alternative Ausgabeoptionen. Gemeinschaftsverpflegung unterliegt strengen Regulierungen.
- Bezug zur *Policies against Hunger Conference*. Brasilien und Peru als Modelle für uns in Europe und Deutschland. Programme und gesetzliche Regelungen sind viel progressiver als bei uns. Brasilien hat einen Minister für Ernährung, es gibt ein politisches Ressort für Ernährung – wir brauchen mehr ressortübergreifende politische Arbeit auf Bundesebene.
- Mangel an Mikronährstoffen ist nicht sichtbar, einkommensschwache Haushalte können sich nicht gesund und nachhaltig ernähren. Screening beim Arzt oder im Krankenhaus: warum gibt es hier keine Querschnittsuntersuchung? Ernährung nicht Teil der Untersuchungen bei Kindern oder Erwachsenen.

WICHTIGE ERGEBNISSE UND EMPFEHLUNGEN

- Ernährungsarmut Maßnahmen:
 1. Einkommen erhöhen (Bürgergelddebatten, Erwerbstätige, Grundsicherung im Alter, andere Sozialleistungen)
 - Einkommen: Ernährungsarmut und Miete zusammendenken? „Die Menschen müssen anders priorisieren“.
 - Veränderung des Kinderfreibetrages: mehr Einkommen für Familien – unterschiedliche Meinungen, ob das sinnvoller Hebel ist.
 2. Preise I (Lebensmitteleinzelhandel, Großkonzerne, Marktkonzentration).
 - Preispolitik im LEH (Monopolisierung Problem)
 3. Preise II (Mehrwertsteuer, CDU Gastronomie MwSt. senken, SPD MwSt. für Lebensmittel senken, Linke MwSt. auf Lebensmittel streichen)

4. Essen als Gemeinschaftsaktivität: Gemeinschaftsverpflegung in Kita- und Schulen (politische Regulierung, gute Qualität und sozialen Ausgleich beim Zugang). Wie werden Kinder in ihrer Kindheit und Jugend ernährt?
5. „Es ist keine Frage des Geldes, die Menschen müssen nur gebildet werden“. Aufklärung und Ratschläge als Problemlösung haben den Nebeneffekt, dass die Verantwortung ans Individuum zurück geht. Abwälzung der Verantwortung auf die Betroffenen. „Popularisierung der individuellen Verhaltensweisen“
6. Lebensmittelverschwendung: LEH muss andere Regulierung haben, Containern und Mundraub sind verboten (neue Gesetze), Beispiel aus Frankreich zu Lebensmittelverschwendung (Unterschied zu FR: Tafeln, fehlende Infrastruktur zur Verarbeitung von Lebensmitteln) – Modell wurde in der Politik diskutiert und wurde abgelehnt in einer Arbeitsgruppe (Kommentar *Die Linke*). Frage: Wo gehen die Lebensmittel am Ende tatsächlich hin? Abgaben für LEH erhöhen (durch Strafen zum Beispiel Tafeln o.ä. finanzieren/unterstützen). Unternehmen müssen Verteilung unterstützen. Frage nach Qualitätsanspruch für die Verwertung.
7. Lebensmittelsicherheit und Hygienevorschriften sind eine Hürde
8. Sektorübergreifendes Denken; „Ernährungsarmut ist nicht unser Thema“. Wie können wir Brücken schlagen, dass mehr Kooperation stattfindet? Ganzheitliches Denken (Soziales, Gesundheit, Tierschutz, Ökologie) auf Bundespolitischer Ebene und ressortübergreifend. Stichwort Ernährungsministerin und eigenes neues Forschungsinstitut.
 - ➔ Gegenvorschlag: BMEL und Max-Rubner-Institut – was ist der Unterschied? Ernährung beim BMEL ist untergeordnetes Thema. Ernährungsarmut wurde zwar diskutiert, wird aber nicht im BMAS, Gesundheitsministerium diskutiert. Keine tiefe Auseinandersetzung. Es kann nicht „nur ein Anhängsel sein“.
 - ➔ DGE: Zu starke Abhängigkeit vom Ministerium. Freistellung möglich?
 - ➔ Ministerium: Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, nicht nur Daten erfassen, sondern auch politischer Handlungsauftrag!
9. Gesellschaftliche Wahrnehmung von Ernährung (Ernährung spielt keine politische Rolle, „hidden hunger“) muss sich ändern.
10. Ungleichheitsdebatte muss Priorität sein. Genderaspekte müssen stärker einbezogen werden und ressortübergreifend in den Vordergrund kommen (*Obs: ‚verschenktes Potenzial‘, intersektionale Analyse ist notwendig: Gender, Wohnen, Alter, Migrationsgeschichte, etc. – hier fände ich es wichtig nochmal weiter zu denken. Wie können wir vermehrt auch intersektionale Perspektiven in die Diskussion einbringen, Beispiel: migrantische Communities mit Armutserfahrung*).
 - Wir haben keine feministische Medizin, keine/wenig Forschung mit Genderperspektive zu Gesundheit und Ernährung
 - Geschlechterungerechtigkeiten bei der Ernährung sehr deutlich (verschiedene Studien belegen dies)

- Feministische Ernährungspolitik: Geschlechtergerechtigkeit und Ernährungspolitik zeigen sich oft auch in anderen Feldern, z.B. Sozialpolitik: Kindergeld, Kitaplätze, Familien brauchen mehr Zeit für Ernährung, Einkommensfrage, etc.
- Altersarmut von Frauen ist gravierend, betrifft gerade auch Ernährung
- Beispiel: Männer bekommen in der Mensa strukturell mehr Essen für das gleiche Geld: (1) völlig falsche Vorstellung, was Frauen essen sollten und wollen (Stigma stark an Geschlechterbilder gebunden); (2) ökonomische Nachteile durch Gender Pay Gap und weniger „Essen fürs gleiche Geld“.

11. Finanzierung:

- Daseinsvorsorge: Kantinen, Schulessen, etc. anderer Hebel für die Kommunen?
- Wo kommt das Geld her? Steuerpolitik? Nicht, dass es Kürzungen in anderen sozialen Bereichen gibt
- Langfristigkeit: Ernährung als Gemeinschaftsaufgabe. „Planungsinstrument“ und unterliegt trotzdem Haushaltszuweisung
- Umverteilung: Wie hoch sind die Kosten ungesunder Ernährung? Wo entstehen tatsächliche Kosten? Genaue Rechnung nicht nur der Kosten für eine Maßnahme, sondern auch der Ersparnisse dahinter. Beispiel: Schweden zu kostenfreier Schulernährung – geringere Kosten für Gesundheit. Statement von Staatssekretärin Ophelia Nick (BMEL): 63 Milliarden € Gesundheitskosten über ernährungsbedingte Krankheiten

12. Drei verschiedene Ziele bei Maßnahmen (immer wichtig zu beachten beim Entwickeln von konkreten Maßnahmen):

- Sozialer Ausgleich
- Sozial-ökologische Transformation
- Tatsächlicher Konsum/Gesundheit

Maßnahmendiskussion basierend auf konkreten Vorschlägen

- Bundesmittel für beitragsfreies Schulessen
 - soweit möglich Obst und Gemüse in bio-regionaler Qualität
 - Beispiel aus Brasilien PNAE (durch Ernährungsräte beschlossen), Beschaffung von Schulessen bei Kleinbauern und ökologischen Betrieben, Regulierung der öffentlichen Beschaffung als Mechanismus der gezielten Förderung
 - Bund und Länder müssen sich verständigen bei der Umsetzung, es braucht ein rechtlich tragfähiges Konzept
 - Auch für Kitas!
 - Finanzierung und Langfristigkeit: GAP, warum gibt es keine gemeinsame langfristige Planungssicherheit für die Gemeinschaftsverpflegung.
- Bundesweiter Zugang zu öffentlichen, betrieblichen und nachbarschaftlichen Kantinen
 - Vergabereform: bio, regional, saisonal, gesunde Ernährung (aktueller politischer Prozess!)

- Anhebung der Regelsätze und Umsetzung eines sozial-ökologischen Existenzminimums
 - Siehe Punkte aus vorheriger Diskussion zu Tafel/Neuberechnung der Regelsätze

- Staatlich geförderte finanzielle Anreize für den Kauf von ökologisch-regionalen Lebensmitteln
 - Schwer, denn bei Obst und Gemüse haben wir einen Rückgang von Produktion, kein Selbstversorgungsgrad in DT, bio nachrangig regional wichtiger?
 - 30% Ökolandbau, nicht alles regional vorhanden
 - Beispiel aus Peru, Subventionen und neue Regelung zu ‚nur‘ biologischer Produktionen
 - MegaKids Studie: verhältnispräventive Maßnahmen, keine Foodcards, sondern Steuern für ungesunde Lebensmittel (Stichwort Zuckersteuer) und dafür gesunde Lebensmittel weniger Steuern.
 - Studie Veröffentlichung im März 2025 (Einstellungen zu Ernährung von Bürgerinnen und politische Einstellung): Was wäre eine politische Maßnahme? Zuckersteuer sehr akzeptiert bei den Befragten. Nur Fleischsteuer als problematisch/kritisch gesehen, aber sogar hier Akzeptanz, wenn Entlastung in anderen Bereichen.
 - Anderes Beispiel: Zuckergehalt in UK, staatliche Regulierung auf Einsatz von Zucker. Viele Hersteller haben den Zuckergehalt drastisch gesenkt.

- Social Prescribing- gesunde Lebensmittel auf Rezept
 - Für wen? Ziel sozialer Ausgleich? Wer profitiert dieser Maßnahme tatsächlich?
 - Existiert bereits für Menschen, die Diabetes haben (Vorsicht: genau definieren, was bedeutet social prescribing)